

Der Vertreter des Vereins als Rechtsvertreter in Nieder- angelegenen zu erheben, auch von der Stadtbehörde zu fordern, daß in Wohn- und Mietfachen Vertreter des Vereins gehört werden. — Ein Verein „Freie Volkshäuser“ für Jüdisch und Umgegend ist hier gegründet worden. Er will gute und preiswerte Wohnungen im Stadtbezirk vermitteln, im übrigen aber politische und konfessionelle Neutralität wahren.

Che mnis. Hier sind einem 10-jährigen Mädchen, als es an der Gasse die Volkstrahe auf einen Straßen- badwagen war, von einem unbekannten Mann zwei über den Rücken hängende Daaröpfe, je 45 Zentimeter lang, abgenommen und der Verletzte in die Hand gedrückt worden mit den Worten: „Da kleine, deine Köpfe“. Das bestrafte Mädchen will sich den Mann, der ohne Kopf- bedeckung gewesen und sich entfernt haben soll, nur flüchtig angesehen haben und kann daher über ihn Näheres nicht angeben.

Claukau. Als Roberttraag der städtischen Steuern sind im verflohenen Rechnungsjahre 1116 000 M. mehr eingegangen, als haushaltplanmäßig vorgelesen war. Dieser Mehrertrag ist aber restlos durch die gesteigerten Betriebskosten wieder aufgebraucht worden.

Wittgensdorf. Hier macht sich die Wohnungsnot bemerkbar sichtbar, daß energische Schritte dagegen unter- nommen werden müssen. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, Ueberstunden einzuführen, und wollten für jede geleistete Ueberstunde, deren Lohn für Wohnungsbau abgeführt werden müßte, einen doppelten Lohn abführen an die Gemeinde. Dieser Vorschlag scheiterte aber vorläufig. Doch sollen neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattfinden.

Lichtenstein-C. Die städtischen Kollegen be- schlossen die Errichtung eines Bierabtriebes mit einer Normalleistung von 4 Millionen Hektol.

Ermitzschau. In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Abschluß über das städtische Notgeld mitgeteilt. Danach sind für 80 000 M. Notcheine auszugeben und für 52 022 M. 50-Pf.-Scheine wieder eingenommen worden, so daß ein Ueberschuß von 27 977,50 M. verbleibt, von dem noch die Herstellungskosten abzuziehen sind.

Oderan. Ein Radfahrer fuhr die ziemlich abschüssige Bahndammstraße in starkem Tempo herab. An der Mühl- gasse brachte er die Kurve nicht heraus und fuhr gegen ein stehendes Haus mit solcher Gewalt an, daß er durch das Fenster fiel, die Scheiben zertrümmerte und auch das Fensterbrett durchschlug. Damit noch nicht genug, riß er im Fallen auch noch den Spiebel von der Wand. Be- stimmungslos und blutüberströmt blieb er in der Stube. Von einem in der Nähe wohnenden Arzt wurde der Verunglückte verbunden.

Blauen i. N. Ein guter Fang gelang mit der Fest- nahme eines der Einbrecherlos von auswärtigen, die, wie in anderen Städten, auch in Blauen eine „Gahrrolle“ gaben. Die drei Festgenommenen, ein 25-jähriger Kellner aus Marktneufkirchen, ein 23-jähriger Dampfbauarbeiter aus Gemmin und ein 24-jähriger Elektrotechniker aus Forst, sämtlich in Dresden wohnhaft, wurden als diejenigen er- mittelt, die in der Nacht zum 13. Mai in einem Juwelen- laden an der Blumenstraße eingebrochen sind. Bei den drei Festgenommenen scheint man es mit gewerkschaftlichen Einbrechern zu tun zu haben, die jedenfalls auch ander- wärts derartige Einbrüche verübt haben. Sie waren nur zu diesem Zwecke hierher gekommen und hatten eine Menge Einbrecherwerkzeuge in ihrem Besitz.

Leipzig. In Raunhof ist bei der Gutsbesitzerin Gaisch ein Schwein gestohlen und auf der Stelle abge- schlachtet worden. Die sofort benachrichtigte Gendarmen- kommission verurteilte darauf den 8 Uhr früh nach Leipzig fahrenden Personenzug. Ihre Vermutung, daß es sich um Leipziger Einbrecher handle, die ihre Beute in Sicherheit bringen wollten, bestätigte sich. Die beiden Spitzbuben hatten das Fleisch in Stücke verpackt. Als die Schweinehälften die Gendarmen bemerkten, schloß sich einer in den Abort ein, der andere sprang vom Zuge ab und entließ über das Feld, verpackte ein Boot loszumachen und über die Mulde zu setzen. Mit Hilfe von Eisenbahnbeamten und Arbeitern wurde er festgenommen. Da in letzter Zeit in der Raunhofer Gegend wiederholt Schweinehälften erbeutet sind, nimmt man an, daß man hier die beiden Täter erwischen hat. Ihre Gefährlichkeit geht daraus hervor, daß beide schwarz geladene Revolver bei sich führten.

Greis. Der Streik in der sächsisch-thüringischen Textil-Industrie dauert unvermindert an und dürfte bereits etwa 20 000 Arbeiter umfassen. In den betroffenen Orten ist alles ruhig. Geküert sind vor dem Schlichtungs-ausschuß in Blauen eine Vermittlungsverhandlung statt. — Geküert verstarb hier der Großindustrielle und Mitglied des Reichs- wirtschaftsrates, Kommerzienrat Emil Rulck.

Beis. Heute Morgen gegen 6 Uhr brach in der Stell- macherei der Firma G. A. Raetber A.-G. ein Brand aus, der jedoch auf den Herd lokalisiert werden konnte. Die Stellmacherei ist ausgebrannt. Die übrigen Anlagen sind gerettet worden.

Ein Vierteljahrhundert drahtlose Telegraphie.

Der 14. Mai 1897 ist der Tag gewesen, an dem zum ersten Male die Fernübermittlung eines Buchstabens von einem Sendort zu einer Empfangsstation glückte, ohne daß zwischen beiden eine körperliche Verbindung vorhanden war. Das Gedanke an diesen großen Augenblick wird von den Funktechnikern aller Länder auch dadurch aufrecht erhalten, daß sie bis zum heutigen Tage bei der Einmütigkeit ihrer Apparate vor dem Beginn der eigentlichen Sendetätigkeit heid den Nihilismus Punkt-Punkt-Strich klappern, der im Morse-Alphabet das „v“ bedeutet, den Buchstaben, den der Morseapparat als ersten in die Ferne sprachte.

Die ersten Versuche fanden, woran Arthur Fürst in einem aufschreibenden Kuffen in der Umkehr erlindert, zwischen Lavernock Point in der Nähe von Cardiff an dem tief in die Westküste von England einschneidenden Bristol- Kanal und der kleinen Insel Flattholm statt. Ihnen wohnte Professor Glad von der Technischen Hochschule in Berlin bei. Auf der etwa 20 Meter hohen Klippe von Lavernock Point war ein 30 Meter hoher Mast errichtet, durch Draht- seile gehalten. Von seiner Spitze führte ein isolierter Kupferdraht bis zum Fuße des Mastes an den einen Pol des Empfängers. Der andere Pol war durch ein langes Drahtseil, die Klippe hinunter, mit dem Meere verbunden. Mitte im Kanal, 5 Kilometer entfernt von Lavernock Point, liegt das kleine Eiland Flattholm. Dort war der Sendort. In einem Bretterhäuschen stand der Strahlensender mit einem verhältnismäßig kleinen Induktorium, von einem achtzähligen Akkumulator gespeist.

Und die erste Übermittlung eines drahtlosen Zeichens über größere Entfernungen gelang hier mittels der von Marconi geschaffenen Apparate. Der damals dreizehnjährige Italiener hatte an der Universität Bologna Vor- träge von Professor Niphi über die Verhältnisse der Ver- suche gehört und war durch sie an eigenen Experimenten angeregt worden. Dem Professor Heinrich Herz in Bonn gelang es 1888 mit Hilfe höchst gekünstelter Anordnungen den experimentellen Nachweis für die Richtigkeit von Maxwell's elektromagnetischer Lichttheorie zu liefern. In der behauptet wird, daß die rasche Schwingung im elektrischen Funken eine Fernwirkung haben müsse, indem sie sich im Weite- rum ausbreitet. Ganz konnte mit keinem Resonator bereits klar

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz der Wirtschaftsführer. In einer Zeit, in der die wichtigsten wirtschaftspolitischen Probleme ihrer Entscheidung harren, ladet der Reichsverband der Deutschen Industrie die deutschen Wirtschaftsführer zu einer Tagung für den 22. und 23. Mai in Hamburg ein. Die Tagesordnung und die Namen der Referenten zeigen, daß hier die brennendsten Fragen der Zeit durch erste Sachkenner be- handelt werden sollen. Ueber die internationale Wirtschafts- lage und die Ergebnisse der Genuefer Konferenz wird Ge- heimrat Böhmer sprechen. Der bekannte Finanzmann Max Warburg wird sich eingehend mit den deutschen und inter- nationalen Finanzproblemen befassen. Die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft werden von dem ehe- maligen preussischen Landwirtschaftsminister Professor Bornhördt erörtert werden. Von den übrigen Referenten seien noch das von Direktor Hans Kraemer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über „Industrie und Weltmarkt“ sowie das des Hamburger Großindustriellen Rudolf Blohm über „Industrie und Verkehr“ erwähnt. Die Eröffnungs- ansprache im Hamburger Rathaus wird von dem Vor- sitzenden Dr. Ing. Jorga gehalten werden. Der Reichs- verband der Deutschen Industrie stellt heute die einmütige und allgemein anerkannte Spitzenorganisation des deutschen Unternehmertums dar, das wie kein anderer deutscher Be- rufstand durch die bittere Not zu einer Kraft organisierten Einheits zusammengekommen worden ist. Die Darlegungen dieser deutschen Wirtschaftsführer dürfen von vornherein des Interesses und der höchsten Beachtung seitens des gesamten deutschen Volkes, das sich mehr denn je nach erproben und vertrauenswürdigem Führern sehnt, sicher sein.

Die Elternratswahlen in Hamburg. Wie der „Vor- wärts“ aus Hamburg meldet, entfielen bei den Elternrats- wahlen auf die Liste Sozialfortschritt, die von den Sozial- demokraten und den Unabhängigen gemeinsam aufgestellt war, 1317 Stimmen, während die von den Völkern aufgestellte Liste 600 Siege ergab. Die Kommunisten er- bielten 75 Siege.

Angestellten-Versicherung. Der sozialpolitische Aus- schuß des Reichswirtschaftsministeriums beriet u. a. den Entwurf eines Gesetzes über Verringerung des Versicherungs- geldes für Unfälle mit den Vorschlägen des Unter- ausschusses. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die obere Grenze des Versicherungsbeitrages Einkommens eines Angestellten auf 80 000 Mark erhöht wird. Die Ab- stimmung hat für den Beschluß des Unter Ausschusses eine Mehrheit ergeben.

Die Erhöhung der Löhne der Staatsangehörigen und Arbeiter. Im Reichsfinanzministerium haben die Verhand- lungen über die Erhöhung der Löhne der Staatsangehörigen und Arbeiter begonnen. Sollten die letzten Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß gebracht werden können, so be- steht die Möglichkeit, die neuen Löhne bereits Anfang Juni auszusprechen.

Reichsapparat-Gesetz. Der Reichsrat hat den Ent- wurf des Reichsapparatgesetzes angenommen.

Republik Österreich.

Die Kosten der Lebenshaltung sind in der Zeit vom 15. April bis 15. Mai 1922 um 25 Prozent gestiegen.

Jugoslawien.

Die jugoslawisch-albanische Grenzakkordkommission hat ihre Arbeiten beendet. Die Grenze verläuft vom Adriatischen Meer längs des Bojana-Flusses und von dort über die Oriskanten Sami, Goriza, Stupa und Bunara, dann zwischen Itia und Boganya nach dem Stutarske.

Vermischtes.

Chererkendat eines Bahnhüters. Ein Bahnhüter erschlug auf dem großen Boulevard in Paris inmitten einer großen Menschenmenge, die die Straße füllte, den Redakteur einer Finanzzeitschrift, Henry Vou. Der Mörder kannte sein Opfer nicht. Er erschmetterte dem Mann, der ihm auslialla begegnete, den Kopf mit einer schweren Holzplatte und ließ sich dann ruhig verhalten. Auf dem Polizeibureau erklärte er: „Ich habe einem dunklen Trieb gehorchen müssen, ich bin schon einmal im Irrenhaus gewesen und werde wieder dahin kommen.“

Eine Regierung wegen Preistreiberi angeklagt. Der seitene Fall, daß gegen eine staatliche Regierung eine Anklage wegen Preistreiberi erhoben wird, hat sich in Göttingengetragen. Die Göttinger Staatsanwaltschaft hat auf eine Anklage hin gegen die Mitglieder der Regierung in Hildesheim und den staatlichen Oberförster in Bad Lauterberg a. D. ein Verfahren wegen Preistreiberi bei einer Holzauktion einleitet. Die Anklage stützt sich auf das Ergebnis einer Holzauktion, die im November 1920 im Oberberg stattfand, und bei der enorme, heute allerdings schon längst überholte Preise für Nadelholz erzielt wurden.

Ein Führer gefesselt. Aus Wühlheim wird ge- meldet: Als gestern abend gegen 7 Uhr die Ausbreiter 18 Personen überlegte, verurachteten drei junge Burden durch Schaufeln eine Banik. Das Boot kenterte. Von den

nachweisen, daß beim Arbeiten eines Induktorsiumes Ketten- schwingungen an einer entfernten Raumstelle vorhanden waren. Er kam aber über den reinen Laboratoriums- versuch nicht hinaus, da er bereits in sehr jungen Jahren starb.

Marconi hatte nun den ausgerechneten Gedanken, so- wohl die beiden elektrischen Teile des Herzhigen Senders, wie den inzwischen von Branley erfundenen Empfänger, den Fritter, mit der Erde und einem hoch hinausgehenden Luftdraht zu verbinden. Auch die Antenne ist seine eigen- liche Erfindung Marconis, denn sie wurde bereits vor ihm von dem Russen Popow auf der Empfangsseite benutzt. Dagegen also Marconi eine Zusammenstellung bereits be- kannter Dinge vorgenommen hat, gelang ihm doch ein un- geheurer großer Fortschritt, so daß die Verechtigung seines Beitrags nicht bezweifelt werden kann.

Von fünf Kilometer überdrachter Entfernung ist die Funken Telegraphie in dem bescheidenen Zeitraum von 25 Jahren zur Eroberung der ganzen Erde gelangt. Schon 1918 wurde die Stimme der mächtigsten Groß-Sendestelle, Nauen, in Kyanai auf Neuseeland gehört, das 18 000 Ki- lometer vom Fernen Deutschlands entfernt ist.

Die Erzielung dieses Maximums der Reichweite hat seine Ursache in dem grobartigen Ausbau der Empfangs- einrichtungen, die eine geradezu unbegrenzte Leistungsfähigkeit erlangt haben. Die Sendeseite ist, an diesem Vorhaben gemessen, arg zurückgeblieben. An die Stelle des bescheidenen Induktorsium, das Perry und Marconi ver- wendet haben, trat als Erzeuger des Speisestroms für die Sendestrecke bald die Wechselstrom-Maschine. Pro- fessor Braun in Straßburg verbesserte die Marconi- Schaltung weiter grundlegend durch die Einführung des ge- schlossenen Schwingungskreises und der Antennen-Kopp- lung, wodurch die Ausstrahlung weit größerer Energie- mengen möglich wurde. Die 1908 gegründete Gesellschaft für drahtlose Telegraphie in Berlin entwickelte hieraus das System der wandern Wellen, das lange Zeit im Sendebereich herrschend gewesen ist und eine neue Epoche in der drahtlosen Nachrichtenübermittlung heraufgeführt hat.

Hieraus begann das Zeitalter der ungedämpften Schwingungen. Die älteste Anordnung zur Erzeugung un- gedämpfter Wellen ist die Danzart mit Nistbogen von Poulsen. Es folgte die Hochfrequenzmaschine, ein technisches

Gerät, um dessen Ausbau sich Graf Arco besondere Ver- dienste erworben hatte. Durch alle diese Fortschritte aber hätte die drahtlose Telegraphie die Erde nicht erobern können. Denn sämtliche Sendeeinrichtungen hätten immer noch ein grundsätzlicher Charakter geblieben. Sie leiden auf- schwerlich an der Verwendungslosigkeit. Zunächst zwingen sie ihre Besitzer zum Aufbau gewaltiger Luftdrahtanlagen. Sehr hohe Stützen müssen errichtet werden, um die Antenne in wirksamer Lage zu bringen. Ferner aber geht diese große Luftdrahtanlage mit der hineingegebenen Strahlungs- energie außerlich unwirtschaftlich um. Sie schickt sie nach allen Seiten, ohne die Richtung, in welcher der Empfänger sich befindet, zu bevorzugen. Sendeanstalten selbst vorläufig die Reichweite. Gerade aber diesem recht engen Zustand haben sich die Empfänger ausgerechnet anzupassen verstanden. Hier arbeitet ein Gerät, das zu den herrlichsten Werkzeugen gehört, die jemals von der Technik erfunden worden sind: Die Verhärteröhre ist ein Glied für Kraft, wie er wirkungsreicher nicht erdacht werden kann. Bei dem Mar- sch über Tausende von Kilometern ist die ausgesendete Ketten- schwingung müde geworden. Sie beruhigt nur noch als ein fast schon verlungerter Dampf den Empfangsdrabt und wäre an sich völlig außerstande, die Schaltplatte des Abhö- rers in Schwingungen zu versetzen. Da tritt die Ver- härteröhre dazwischen und die Telephonmembran fängt nicht nur an, sich leise zu bewegen, sie trampelt mit der Stimme eines Herrufers die Zeichen in den Raum. Der wegmüde Kreis ist zum frischen, tatkraftigen Jüngling ge- worden. Die Vorrichtung, welche diese höchst bewundern- werte Wandlung veranlaßt, wurde von dem Amerikaner Lee de Forest erfunden und ist ein Schalter, der die Kraft einer Ort-Batterie in den Weg der von ferneher kommenden Energie leitet und zwar derart, daß der Ortstromkreis völlig der Regelung durch die Sendeseite unterworfen bleibt.

Weshalb ein Weg vom Funken zur Rede? Im Anfang die Ueberwindung der Breite eines schmalen Meeresarmes, heute der Flug der Weiserellen über die Weltmeere hin- weg. Und diesen ungeheuren Weg hat die drahtlose Tele- graphie in einem Vierteljahrhundert zurückgelegt. Sie ist das größte Kind unserer Zeit, in dessen Wahren der bestige Fortschritt des modernen Lebens steht.

Die zweite Feuerhand. Eine sensationelle, aber noch recht arbeitsvoll anmutende Kriminalaffäre wird gegenwärtig von der Dresdener Polizei untersucht. Den Dresdener Nachrichten zufolge gehend der 27-jährige Berg- mann König, der wegen kleiner Diebstähle vor einem halben Jahre verhaftet worden war, im Laufe der Zeit ein, daß vor längerer Zeit eine weitverzweigte Verbrecherorgani- sation „Die rote Feuerhand“ gegründet worden sei, deren Tätigkeit sich über ganz Deutschland erstreckte und deren Mit- glieder zum Teil den besseren Kreisen angehörten. Bisher hat König 180 Straftaten, darunter mehrere Morde und fünfzehn Brandstiftungen eingeschanden, die der Verbrecher- bund verübt haben soll. Als mitverdächtig wurden elf Personen verhaftet, darunter der frühere Bergwerksdirektor Kasik von den Schlesischen Kohlen- und Kalkwerken. Im Laufe der Zeit hat König auch die Teilnahme an mehreren Mordtaten zugegeben, und in allen Fällen konnte er An- gaben machen, die seine Mitwisserchaft unzweifelhaft er- scheinen lassen. Um König zum Sprechen zu bringen, wurde ein Kriminalbeamter als vermeintlicher Verbrecher mit ihm in eine Zelle gesperrt. In wochenlangem Besammeln gelang es dem Beamten, aus dem Verbrecher Einzelheiten anlang die begangenen Taten herauszulockern. Bei ver- schiedenen Lokalterminen schloßerte König dem Beamten, wie sich die Taten angetragen haben. Im Reichsbuch kam es dann zu einer noch ungeklärten Revolveraffäre, bei der der Kriminalbeamte durch einen Schuß in den Mund ver- letzt wurde. Der Beamte gab an, von König überfallen worden zu sein, während dieser behauptet, daß der Kriminal- beamte einen Selbstmord verüben wollte. Der Beamte be- schied sich selber als Untersuchungsgefängener in Götting.

Die Dreifur auf den Mann. Die Frage, daß bei der Ueberzahl der Frauen die jungen Mädchen heute so schwer einen Mann bekommen, wird immer häufiger angestellt. Aber Klagen und die Hände in den Schoß legen nutzt wenig. Man muß durch die Tat diesem Uebelstand abhelfen, und das tun die Frauen nicht in genügendem Maße. Je schwerer die Jagd nach dem Mann ist, desto mehr müssen die Frauen darauf dressiert werden. „Mit Verstand, Ausdauer und der nötigen Übung kann jede Frau einen Mann kriegen“, so behauptet eine Engländerin, die es bereits „geschafft“ hat, in einem Londoner Blatt. „Die erste Aufgabe ist, den Charakter des in Aussicht genommenen Opfers sorgfältig zu studieren. Das läßt sich nicht immer auf den ersten Blick erreichen, aber der Beruf des Mannes ist sehr häufig der beste Führer zu der Art und Weise, wie man ihn gewinnen kann. Beim Geschäftsmann spielt das Geld die Hauptrolle. Er will eine elegante Frau, die sogar etwas extravaganter sein kann; aber ihre Kleidung muß stets solides Material aufweisen; sie muß gesund sein und den Wert des Geldes zu schätzen wissen. Eine richtige Mischung von praktischer Tatkraft und sarter Gefühlsbehandlung „leht“ am meisten. Der Krat sieht natürlich auf Gesundheit und einen guten Stammbaum; aber ein schöner Teint und eine geschickte Behandlung wird sogar einen Professor der Eugenik blind machen. Der Rechtsanwalt schätzt besonders sicheres Auftreten und an- genehme Erscheinung. Zeigt man ihm dazu noch „wahre Liebe“, so schwindet all sein Jähzorn im Nu, und er macht sofort einen Antrag; alles Uebermaß im Benehmen ist ihm verhasst, ruhige Sicherheit wirkt am besten. Man muß ihm zunächst im Gespräch widersprechen, denn es macht ihm umgeheuer viel Spaß, seine Gründe auszuführen und die Frau zu überzeugen. Aber wenn man sich dann zufrieden gibt und seine Bewelsführung anerkennt, dann hat man seine ganze Liebe gewonnen. Ein Vogel, der schwer zu fangen ist, ist der Lehrer. Aber es gibt einen Weg, durch den man schnell sein Herz findet. Das Mädchen, das ihn heiraten will, muß mit aufmerksamer Beobachtung an seinen Lippen hängen, muß zu allem, was er sagt, ja sagen. Das Rein kann sie ja dann umso entschiedener in der Ehe zur Weltung bringen. Dem Weislichen wird vor allem ein gutes Herz, ein reiches Gefühlsleben, strenge Moral imponieren. Und so ist es mit jeder Art Mann. Der Dichter, der Philosoph, der grimme Krieger und der menschenliebende

Friedensfreund — Sie alle „stehen aus der Hand“ des Mörders, das mit Gewalt, mit Anstand und Überlegenheit auf Ihre Ideen und Wünsche einget.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 16. Mai 1922.

Schweres Automobilunglück.

1) Berlin. In der Nacht zum Montag fuhr auf der Hamburger-Brandenburg das Automobil des Brandenburgs Kaufmanns Beste gegen einen Baum. Von den zwölf Insassen des Wagens wurden die Frau des Kaufmanns und ein Fräulein Schläfer sofort getötet, zwei weitere Personen schwer verletzt.

Wegen die Politik der Rheinlande.

1) Berlin. Die sozialdemokratische Kreisversammlung, die Sonntag in Köln stattfand, hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Kreisversammlung weist die sich immer wieder erneuernden Versuche französischer Imperialisten, die auf die Etablierung der Rheinlande vom Deutschen Reich über Versuchen hinzielen, als freche, anmaßende Einmischung in die inneren Verhältnisse der deutschen Republik zurück. Die rheinischen Arbeiter, Angehörigen und Beamten werden alle verdrehtischen Versuche, noch größeren Unbill über die Rheinlande und damit über ganz Mitteleuropa zu bringen, mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Der Prozess gegen den Sportkongress Genua.

1) Hamburg. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts in Hamburg fand gestern die Verhandlung gegen den Sportkongress Genua statt, der im Juli 1921 gearändert wurde. Er bestand nur aus einem Monat. In dieser Zeit wurden etwa 440 000 Mark Steuern eingezahlt. Die Einzahlungen sind fast ganz verloren. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Ernst Müller wegen Betrugs in Lateinisch mit gewerkschaftlichen Geldspiel zu acht Monaten Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe, den Angeklagten Wiesner wegen Betrugs dazu zu drei Monaten Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe, die Angeklagten Winter zu 2000 Mark, Arthur Müller zu 5000 Mark, Salomon zu 16000 Mark, Burmeister zu 7500 Mark Geldstrafe. Die Angeklagten Mendel und Fries wurden freigesprochen.

Der 31. Mai.

1) London. (Unterhaus.) Lamberts erforderte die Regierung die Bedingungen und den Zeitpunkt der Einleitung zur Erörterung der Frage mitschließen, welche gemeinsame Aktion gegenüber Deutschland unternommen werden solle, wenn es den Reparationszahlungen nicht nachkomme, und ob die Regierung die Gründe mitteilen könne, mit denen die französische Regierung ihren ablehnenden Standpunkt erkläre. Chamberlain erwiderte, am 26. April habe Lloyd George Barthou erkläre, eine Zusammenkunft der alliierten Staaten und der Unterzeichner des Friedensvertrages wäre noch vor dem Abbruch der Konferenz von Genua stattfinden, um die Haltung zu erörtern, die am 31. Mai gegenüber Deutschland eingenommen werden solle. Die französische Regierung habe durch Barthou mitgeteilt, daß sie keinerlei Anteil an irgendeiner Konferenz vor dem 31. Mai weder in Genua noch sonstwo nehmen werde. Auf weitere Fragen antwortend, sagte Chamberlain, zwischen Barthou und dem Premierminister seien keinerlei Dokumente ausgetauscht worden. Die Mitteilungen seien auf beiden Seiten verbal-mittelungen. Lamberts fragte, ob Chamberlain wisse, daß viele Mitglieder des Parlaments mit Vorwissen der wachsenden Spannung zwischen Frankreich und England entgegenstehen. Chamberlain erwiderte, auch er sei der Erörterung von Ereignissen, die zu einer Entfremdung beitragen oder Schwereitungen erzeugen könnten, nicht gänzlich geföhnt. Kennworthy erforderte um die Versicherung, daß eine Erörterung im Unterhaus stattfinden werde, bevor irgendeine Aktion militärischer Art gegen Deutschland vorgenommen werde. Der Sprecher wandte ein, daß diese Anfrage angemeldet werden müsse. Chamberlain teilte auf eine Anfrage unter Verfall mit, daß die britische Regierung nicht beabsichtige, irgendeine Anleihe an die Sowjetregierung zu gewähren. Auf verschiedene Anfragen bezüglich der Genuaer Konferenz antwortete Chamberlain, die Antwort der Sowjetregierung auf das Memorandum vom 8. Mai sei von den Mächten sorgfältig geprüft worden. Zu der Zeit, wo die letzten Informationen abgehandelt wurden, sei es wahrscheinlich gewesen, daß die Mächte über die geeignetste Methode über die Behandlung dieser Antwort übereinkommen würden. Er (Chamberlain) verfüge über keine offizielle Information. Ein anderes Mitglied fragte, ob Lloyd George und Giolitti bei ihrem Zusammentreffen in Lugern sich verpflichtet hätten, die Sowjetrepublik offiziell anzuerkennen, wenn die bolschewistische Delegation Warschau besuchte, und ob ein solches Übereinkommen noch in Kraft sei. Chamberlain erwiderte, er habe die Notizen über die Erörterungen zwischen Lloyd George und Giolitti im August 1920 durch-

lesen lassen. Sie enthalten nicht, was diese Behauptungen unterstützen, welche vollkommen unwahr seien.

Genua ein Fiasko.

1) London. Unter der Überschrift „Das Scheitern der Genuaer Konferenz, Großbritanniens Sicherheit liegt in seiner Nichtteilnahme“ schreibt „Daily Express“, die einzige sichere Politik für Großbritannien sei, abseits von Europa zu stehen. Die Genuaer Konferenz sei ein Fiasko gewesen. Die moralische Abweisung Frankreichs gegen die deutsche und die russische Regierung sei niemals verheimlicht worden. Auf der anderen Seite seien es die Bolschewisten, die der Vermittlung des britischen Premierministers mit einer Hartnäckigkeit begegneten, die die ihrer Gegner übertraf. Was sei zu tun, wenn große europäische Nationen jede gegenseitige Finanzregelung ablehnen und sich zur Schlacht in dem Augenblick bereit machen, wo Großbritannien zu ihnen vom Frieden redet? Großbritannien könne Europa nicht zum Frieden zwingen. Wenn Europa jedoch gegen die Wünsche und Hoffnungen der Völker des britischen Reichs beschleße, neue Kombinationen zu bilden, die zum Krieg führen, so könne Großbritannien abseits von der Entwicklung stehen, die ein weiteres Vergleichen des Jutes seiner Söhne bedeuten würde. Großbritannien werde nicht aufzufordert, zwischen den neuen Kombinationen Rußland und Deutschland auf der einen Seite und Frankreich, Belgien und Polen auf der anderen Seite zu wählen. Ansehtlich dieser furchtbaren Möglichkeiten weiterer Kriege müsse sich Großbritannien abseits halten. Die beste Politik Englands sei, sich von Europa zurückzuziehen, da Europa den Rat Englands nicht annehmen würde. Die konservative Partei möchte die erste sein, diese traditionelle Doktrin anzuerkennen.

Amerika lehnt die Einladung ab.

1) London. Die „Morning Post“ berichtet aus Washington, daß die Washington Post, die bereits mehrfach das Presseorgan Harding war, jeden Gedanken an die Annahme der Einladung an die Vereinigten Staaten ablehnen und nachdrücklich erklärt hätte, daß die amerikanische Regierung mit Sowjetrußland nichts zu tun haben könne, bevor die Sowjetregierung die Gesetze der Disziplin annimmt.

1) London. Einer Neutermeldung aus Washington zufolge trat während der Debatte im Senat über die Frage der amerikanischen Teilnahme an der Haager Konferenz für russische Angelegenheiten Vorab gegen die amerikanische Teilnahme in. Hitchcock war jedoch für die Teilnahme. Vorab erklärte, die amerikanische Unterstützung werde nicht benötigt und führte die Krankheit Europas auf den Versfall der Vertrag zurück.

1) London. Nach einer in den frühen Morgenstunden aus Washington eingetroffenen Neutermeldung lehnte das Staatsdepartement die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua ab.

1) Genä. Der Postkammer der Vereinigten Staaten in Rom erklärte dem Vizepräsidenten, daß seine Regierung die Einladung, an dem Enderständigenauschuss teilzunehmen, nicht annehmen, daß sie aber in sympathischer Weise auf die Anfragen und Vorschläge Factos antwortet habe in Erwartung einer endgültigen förmlichen Einladung und einer bestimmten Grundlage zur Unterstützung der Entscheidungen.

Frankreich und Belgien beteiligen sich an der heutigen Sitzung.

1) Paris. Nach einer Havasmeldung aus Genua ist die französische Delegation, um die Einheit der Mächte gegenüber Rußland zum Ausdruck zu bringen, ermächtigt worden, heute der Sitzung der Unterkommission, in der den Vertretern der Moskauer Regierung die Antwort auf ihr Memorandum überreicht werden soll, beizuwohnen.

Turnen, Sport und Spiel.

Fußball. Kreismeisterschaft 1. Klasse. Wie schon gestern berichtet, unterlag am Sonntag Deßau OS-Chemnitz auf eigenem Platz in Altendorf dem S.V. Riesa mit 0:1. Tabelle der Kreismeisterschaft 1. Klasse 1921/22.

Team	S	S	U	N	P	Punkte
S.V. Riesa	3	3	—	0	6	18
S.V. Chemnitz	3	2	—	1	6	10
S.V. Deßau OS Ch.	3	1	—	2	9	9
S.V. Geyer	3	—	—	3	9	0

Ueber das Spiel Deßau-S.V. Riesa am Sonntag im Chemnitz berichtet das „Chemnitzer Tageblatt“: Im Kampf um die Kreismeisterschaft 1. Klasse standen sich gestern vor etwa 1200 Zuschauern ohne Mannschaften gegenüber. Die Riesaer hatten sich sehr gut abgefunden und waren ein nicht zu unterschätzender Gegner, was sie auch gestern wieder bewiesen. Besonders gefiel an der Mannschaft der Eier und die Kampflust, die bis zuletzt nicht nachließ. Die Stürmerreihe zeigte gutes Zusammenwirken und einen schönen, flachen Schuß. Die Stöße des Sturms lag in dem guten

Quantität. Auch die Käufer beteiligten, ließen aber ihre Stürmer häufig durchbrechen. Verteidigung und Torwart waren das Rückgrat der Elf, der Torer zeigte mehrfach schöne Sacken, war aber teilweise zu unsicher. Deßau hatte seinen schlechten Tag. Im Sturm brach sich kein einziger Torer durch, auch die Kombination ließ sich zu wünschen übrig. Rüsse (S.V.) und John (S.V.) verführten viele gute Gelegenheiten, auch Riese verpackte manches. Der S.V. war im Schmal für seinen Gegner und konnte so nicht aufkommen. Die Käuferreihe unterstützte den Sturm viel zu wenig und lag weit in der Verteidigung. Die besten Männer waren die Verteidiger Wegler und Wendler; ohne sie wäre wohl die Niederlage höher ausgefallen, auch der Torwart und der andere Verteidiger waren auf ihrem Posten. Der Schiedsrichter behielt das Spiel zu wenig in der Hand und überließ manchen Straf- und Freistoß. — Spielverlauf: Nach Anstoß für Deßau, leichte Ueberlegenheit der Einheimischen. Wenig später ändert sich das Bild und Riesa liegt im Angriff. Bereits nach zehn Minuten läßt das einzige Tor des Tages durch wunderbaren Schuß des Halbspieler. Die Riesaer führen das Spiel während der 1. Halbzeit und auch in der 2. vollkommen. In der 2. Spielhälfte schießt sogar ein Elfmeter für Deßau direkt auf den Mann, wenig später (John S.V.) mit der Hand einen Schuß für Deßau ins Riesaer Tor. Mit dem Stande von 1:0 für Riesa trennten sich die Mannschaften.

Handball im S. V. G. Die Ausscheidungsspiele am Sonntag in Riesa brachten folgende Ergebnisse:

2. Klasse: Tu. Riesa 2. — Tu. Gröb 1. 50:75. Mo. Ostsch 2. — Tu. Riesa 2. 90:91. Tu. Lommah 2. — Tu. Gröb 1. 100:109. Tu. Riesa 2. — Tu. Lommah 2. 81:74. Tu. Gröb 1. — Mo. Ostsch 2. 91:81. Mo. Ostsch 2. — Tu. Lommah 2. 112:102. Tu. Ostsch 2. — Mo. Ostsch 62 2. — Mo. Ostsch 2. 72:60. Tu. Riesa 2. — Tu. Leuben 1. 72:53. Tu. Ostsch 2. — Tu. Ostsch 62 2. — Tu. Leuben 1. 69:61. Tu. Lommah 2. war nicht angetreten und verlor somit seine Punkte gegen Mo. Ostsch 2., Tu. Leuben 1. und Tu. Ostsch 62 2.
3. Klasse (Beitrag Riesa): Tu. Weiba — Tu. Reithain 51:53. Tu. Gröb 2. — Tu. Gröb 2. 67:51. Mo. Ostsch 2. — Tu. Voberlen 48:61. Mo. Ostsch 2. — Tu. Reithain 48:54. Tu. Weiba — Tu. Frauenhain 47:45. Mo. Ostsch 2. — Tu. Gröb 2. 52:61. Tu. Gröb 2. — Tu. Frauenhain 39:29. Tu. Voberlen — Tu. Riesa 3. 79:52. Tu. Riesa 3. — Tu. Frauenhain 30:47. Tu. Reithain — Tu. Merzdorf 1. 75:89. Tu. Gröb 2. — Tu. Merzdorf 1. 51:73. Tu. Merzdorf 1. — Tu. Voberlen 84:73.

Jugendklasse: Tu. Riesa — Tu. Gröb 94:86. Mo. Ostsch 2. — Tu. Gröb 73:68. Tu. Riesa — Mo. Ostsch 92:82. Tu. Riesa — Tu. Merzdorf 82:44. Mo. Ostsch 2. — Tu. Merzdorf 2:0. Tu. Gröb — Tu. Merzdorf 2:0.

Ueber Salzfütterung.

Allgemein bekannt ist, daß zum Aufbau des Knochengewebes der Tiere eine gewisse Menge Salz und Alkali nötig sind und auch der Mensch bedarf dieser Bestandteile, die in der Regel dem Boden durch die Pflanzen entnommen werden. Ganz besonders der phosphorreiche Kalk unter den Salzen dient den lebenden Wesen zum Erstarren der Knochen und auch das Kochsalz ist hier sehr wichtig, da es einen Teil des Magensaftes ausmacht. Wenn auch schon im Futter der Tiere in der Regel eine genügende Menge der Salzsäure vorhanden ist, so bedarf doch eine Zugabe von reinem Salz die Verdauung ungemindert, sie trägt zur vermehrten Aufnahme von Wasser an und fördert auf diese Weise den Stoffwechsel und die Ausscheidung verbrauchter Nahrungsstoffe aus dem Körper. Man gebe aber Salz nur in geringer Menge, und zwar immer bei der Winterfütterung, wenn den Tieren die Bewegung im Freien abgeht. Allzuviel ist denselben nicht zuträglich, weil ungesund! Insbesondere die milchgebenden Tiere haben, wie wissenschaftlich genau festgestellt ist, ein ganz besonderes Bedürfnis für regelmäßige Salzzugabe. Das Hartweiz bekommt dabei eine ganz schöne, glänzende Farbe, die dann sicher auf das Wohlbefinden der Tiere schließen läßt. Man mengt das Kochsalz unter das Futter und zwar auf 100 Pfd. Lebendgewicht täglich 8 Gramm Kochsalz. In Gegenden, in welchen sich Viehwiesen befinden und also Kalbinnen den ganzen Sommer gefüttert werden, gehen die Eigentümer der Tiere Sonntags in der Regel zum „Salzen“, d. h. sie schneiden große Brotkruste, reiben sie mit Salz kräftig ein und nehmen sie mit sich in einem Säckchen. Zu bestimmter Stunde, in der Regel um 11—12 Uhr kommt die Herde von der Weide zum Stallgebäude — Gutshaus genannt, die Tiere nehmen mit großem Behagen hier diese Sonntagsmahlzeit aus der Hand ihres Eigentümers in Empfang. Auch das Heu kann beim Einfahren in die Scheune mit Salz bestreut werden, wodurch das Schimmeln verhindert wird, das oft vorkommt und zwar in der Regel dann, wenn das Heu frühzeitig gewonnen wird, und dann noch viel Fruchtigkeit enthält.

Tann von Schöllnbach.

Ein Börsenroman von Barr-Kunkel.

82]

(Nachdruck verboten)

„A, wie kommt denn aber diese Zeitung dazu, un-mittelbar nach unseren Abmachungen zu melden, daß der Rajah in Swinemünde festgemacht haben soll?“
„Das muß entschieden ein Irrtum sein! Würden Sie mir erlauben, die Notiz selbst einmal zu lesen?“
Die Hand, die Schwarz ausstreckte, um den kleinen Zeitungsauschnitt in Empfang zu nehmen, zitterte merklich. Im übrigen bewahrte der Geldmann seine Fassung vollkommen. Ruhig nahm er sein Vincenz aus dem Etui, rieb die Gläser mit dem Taschentuch ab und pflanzte das Glas umständlich auf die Nase.

„Die Notiz ist sehr kurz“, bemerkte inzwischen der junge Edelmann, sie lautet lakonisch: Dampfer Rajah, Kapitän Wild, angekommen in Swinemünde.“

„Das kann nicht unser Rajah sein“, bemerkte Schwarz endlich nach einer ungeduldrich langen Pause, während der er offenbar demütigt war, seine Bestürzung niederzukämpfen. „Der Kapitän Ihres Dampfers heißt Marquard, Herr Graf!“

„Marquard? Ach, Marquard, Kapitän Marquard von Barnemünde? Den Mann kenne ich doch, den alten dickköpfigen, breitbeinigen, ehrsüchtigen und zuverlässigen Seemann, diesen Grundpfeiler der deutschen Handelsflotte! Also Marquard war Kapitän auf unserem Rajah? Wissen Sie das ganz bestimmt? Aber vielleicht hat er das Kommando abgegeben!“

„Das ist doch unmöglich, Herr Graf, denn auf hoher See könnte er doch nicht das Kommando niederlegen!“
„Ach, was das anlangt, so soll es doch schon öfters vorgekommen sein! Wir sind derartige Fälle bekannt, wo ein Kapitän auf hoher See von seinem Schiff auf ein anderes übergegangen ist!“

„Ich habe noch nie etwas Derartiges gehört und halte es auch für gänzlich ausgeschlossen, laus nicht ein

Schiff total wrad und seine Besatzung von einem anderen Schiff aufgenommen wird.“

„Mein verehrter Herr Schwarz, glauben Sie mir, daß diese waghalsigen Teufel von Schiffskapitänen — sobald Sie einmal außer Sicht und außerhalb der Gerichtsbarkeit sind — manchmal Dinge tun, von denen sich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt, und die wir ehrlichen und anständigen Landratten einfach gar nicht begreifen würden!“

„Und ich glaube gehört zu haben, daß Sie gerade diese Leute für die Grundpfeiler unserer Handelsflotte erklärt haben.“

„Und das sind sie auch! Ganz zweifelsohne sind sie das, verehrter Herr Schwarz; aber Grundpfeiler müssen unbedingt aus sehr viel feinerem, zäherem und widerstandsfähigerem Holz bestehen, als die glatten Borde einer künstlichen Wandföhlung! Sie dürfen nicht denken, daß ich unseren Kapitänen irgendwelche verbrecherischen Gelüste unterstellen möchte! Das ist durchaus nicht der Fall, Herr Schwarz; aber ich habe des öfteren die Empfindung gehabt, als ob sie unseren Seelen nicht ganz die peinlich gewissenhafte Aufmerksamkeit schenken, wie dies zum Beispiel unsere Geschäftsteleute an der Berliner Börse tun! Ein Schiffskapitän ist in ständiger — sobald er sich außerhalb der Gerichtsbarkeit weh —, Dinge zu vollbringen, die bei uns zarter besetzten Bewesen ein permanentes Haarsträuben und bei jedem Gefegeschunden oder gar bei den Richtern unseres alten Landes eine langandauernde, totenähnliche Ohnmacht hervorzurufen würden! Ihr empfindsames Rechtsgefühl, Herr Schwarz, wird sich darüber vielleicht entsetzen, aber der Kapitän Marquard, den Sie soeben erwähnt haben, hat mit derartigen Ungeheuerlichkeiten und Schandthaten geföhnt, die er da draußen in weiten ferneren Gegenden geplant und ausgeführt hat, an die er aber auch nicht mit dem allerentferntesten Gedanken am Kai oder in der Hauptstraße von Barnemünde denken würde.“

Der erfolgreiche Gründer von Aktiengesellschaften freute sich seine Lippen wiederholt mit der Zunge an und rieb sich mit der rechten Hand über die untere Gesicht-

hälfte. Graf Tanns Augen strahlten ihn dabei über den Tisch hinweg an, als forderten sie gehäuerlich Zustimmung zu den soeben geäußerten Paradoxen. Und endlich raffte sich der geistige Geschäftsmann auf und sand Worte:

„Sie haben jedenfalls mehr Erfahrung mit seefahrenden Leuten, als ich. Ich habe sie immer für eine raube, rüde und darauflosgehörige Gesellschaft gehalten, die sich im ganzen, soweit Ehrlichkeit in Betracht kommt, nicht gar zu sehr von uns übrigen Menschenindern unterscheidet!“

„Es war voranzufehen, Herr Schwarz, daß Ihr gültiges Herz sich weigern würde, einem ungunstigen Urteil über die Kapitäne unserer Handelsflotte zuzustimmen. Weil Sie selbst dieses oder jenes nicht tun würden, so denken Sie, daß auch andere Leute so seine Unterschlebe zwischen Recht und Unrecht machen. Aber betrachten Sie sich einmal beispielsweise den Kapitän Marquard etwas näher! Wenn ich mir die Geschichte richtig überlege, muß ich ihm ja allerdings mildernde Umstände zugestehen. Denn der Kapitän hatte sich nun einmal auf einen kleinen Grundbesitz kapriziert, so ein kleines Stückchen Land von ungefähr zwei Morgen. Darauf steht ein Landhaus mit einer Veranda, und besonders die Veranda schien Kapitän Marquard jedesmal als friedlicher Ruheplatz zu werten, wenn er mit dem niederträchtigen alten Rajah daran vorüberfuhr. Aber es wollte Marquard nie gelingen, so viel Geld zusammenzubringen, um das beschriebene kleine Heim zu erwerben; aber endlich eines Tages wurde ihm weit mehr als das nötige Kapital angeboten, wenn er sich dazu verstehen wolle, gewisse Dinge zu tun. Er wurde nämlich bestochen, und vielleicht wußte er auch anfänglich gar nicht, wozu er die plumpe Schnauze des alten Rajah feuerte. Er war sich nicht ganz klar geworden, in was für trübe, überlichsende Gewässer ihn die eingeschlagene Richtung führen würde. Als er aber endlich erkannte, daß man ihn zu Diebstahl und Raub im großen, zu Mord und Totschlag, zum Verleiten von Schiffen und Ertränken der Mannschaft verleiten wollte, da zog Marquard sich zurück.“

(Fortsetzung folgt)

Die Antwort an die Russen.

Ein Schreiben der russischen Delegation.

Aus Genua wird gemeldet: Die russische Delegation hat an den Präsidenten der Unterkommission der Kommission Schanzer das folgende Schreiben gerichtet:

Herr Präsident!

Die heutigen Sitzungen veröffentlichten offizielle Communiqués und Nachrichten über die Vorbereitungen, die zwischen gewissen Mächten, die in der politischen Unterkommission vertreten sind, stattgefunden haben, und zwar über einen Vorschlag der russischen Delegation in ihrer Antwort vom 11. Mai, die die Bildung einer gemischten Kommission vorsieht, der die weitere Prüfung der finanziellen Probleme übertragen werden sollte. Nach den Informationen sollen diese Mächte beabsichtigen, folgende Entschlüsse anzunehmen: 1. Die Vertreter Rußlands von der Kommission auszuschließen und ihnen nur eine beratende Stimme zuzuerkennen, wenn es den übrigen Mitgliedern der Kommission angebracht erscheinen sollte. 2. Die an der Konferenz von Genua teilnehmenden Staaten zu verpflichten, keine Sonderabkommen mit Rußland zu schließen, solange die Arbeiten jener Kommission andauern. Die russische Delegation stellt sich dadurch der Möglichkeit beruht, offizielle Informationen über die Beratungen der Unterkommission und insbesondere über die vorgenannten Entschlüsse zu erhalten, und in Anbetracht der Bedeutung der Vorgänge ihren durchaus unannehmbaren Charakter für Rußland zu unterstreichen. Vor allen Dingen muß die russische Delegation ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß sie nicht eingeladen worden ist, um ihre Ansicht über den Vorschlag, den sie selbst gemacht hat, darzulegen.

Was den eigentlichen Kern dieser Entschlüsse, die man fassen will, anlangt, so muß die russische Delegation feststellen, daß diese Entschlüsse, anstatt die Einigung zwischen den Mächten und Rußland zu erleichtern, nur dahin führen können, die Annäherung zwischen den Mächten und Rußland, wie sie durch die Konferenz von Genua erfolgt ist, wieder zu zunichte zu machen und die Art des Vorgehens für die Lösung des russischen Problems, die sich bisher nicht nur als fruchtlos, sondern auch als schädlich erwiesen hat, wieder anzunehmen. Der Ausschluß Rußlands von den Arbeiten der Kommission würde dieser Kommission jeden objektiven Charakter und jede moralische Autorität entziehen, und zwar nicht nur in den Augen des russischen Volkes, sondern auch in den Augen der unparteiischen öffentlichen Meinung.

Die zweite Entschlüsse, die die Mächte verpflichten, mit Rußland, solange die Arbeiten der Konferenz dauern werden, keine Abkommen zu schließen, ist, selbst wenn dieses Verbot sich nur auf politische Abkommen bezieht, nicht weniger als eine neue markierte Blockade, die sich gegen die Interessen des russischen Volkes richtet, das in dieser Entschlüsse nur einen neuen Akt der Feindschaft gegen seine politische Existenz und seine Lebensinteressen sehen würde.

Uebrigens würde eine derartige Entschlüsse vollkommen im Widerspruch zu einem anderen Vorschlag stehen, von dem in denselben Communiqué die Rede ist, in dem es heißt, daß die an der Konferenz beteiligten Mächte verpflichtet sind, auf alle Handlungen der Feindschaft untereinander zu verzichten, so daß also die in Rede stehende Entschlüsse die Erneuerung der Feindschaftspolitik gegen Rußland bedeuten würde, die zwei Jahre vor der Konferenz von Genua eingestellt worden ist.

Die russische Delegation stellt erneut mit Bedauern fest, daß jedesmal, wenn eine Einigung zwischen Rußland und den anderen Mächten einzutreten im Begriff ist, gewisse Mächte ihre Interessen über die allgemeinen Interessen Europas und des Friedens stellen, indem sie versuchen, die gemeinsamen Anstrengungen zu zunichte zu machen und die Beziehungen zu Rußland und den anderen Mächten auf den Standpunkt zurückzuführen, auf dem sie sich vor der Konferenz von Genua befanden. Durchdrungen von einem Gefühl der Achtung und von dem Verlangen, das Eintreten neuer Verhandlungen zu verhindern, wie sie durch das Hinschieben der einseitigen Vorschläge ohne jede Aussicht auf einen Erfolg in die Konferenz hineingetragen werden, betrachtet es die russische Delegation als ihre Pflicht, die sofortige Einberufung der politischen Kommission zu verlangen, damit sie dort ihren Vorschlag bezüglich der Schaffung einer gemischten Kommission darlegen und entwickeln kann. Die Einberufung der Kommission muß allen Mächten die Möglichkeit geben, zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident usw.

Lichtschwert.

Die Beschlüsse der fünf einladenden Mächte.

Aus Genua wird gemeldet: In der Villa Alberti haben Sonntag vormittag und nachmittag Besprechungen der einladenden Mächte stattgefunden, an denen Lloyd George, Borchgrevink, Coates, Barthou, Colrat, Fribil, Schanzer, Gaspar und nachmittags auch Barre teilnahmen. Die Vorschläge, die Lloyd George machte, wurden sämtlich angenommen. Dabei handelt es sich insbesondere um folgenden: Je zwei Vertreter der in Genua vereinigten einladenden Mächte und je ein Vertreter der übrigen werden sich am 15. Juni im Haag einfinden. Es werden 33 Nationen voraussichtlich anwesend sein, unter denen sich naturgemäß in der Mehrzahl Sachverständige auf russischem Gebiet befinden werden. Diese 33 Nationen werden durch ihre Vertreter über eine Sachverständigenkommission wählen, über deren Stärke und Zusammenlegung Näheres noch nicht genau feststeht. Voraussichtlich wird die Kommission aber aus sieben bis acht Köpfen bestehen.

Daß die Deutschen im Haag vertreten sein werden, ist nicht wahrscheinlich, da es sich um eine rein russische Frage handelt. Die Kommission wird dann mit einer von den Russen gewählten Kommission zusammen die drei Fragen: die Schulden, die Kredite und das Privateigentum prüfen. Die begrenzte Treuga Del soll für die Dauer der drei Monate auf der Basis der Gegenseitigkeit Geltung haben. In dieser Zeit dürfen Sonderverträge mit Rußland nicht geschlossen werden. Der italienisch-russische Handelsvertrag wird dadurch aber nicht berührt.

Lloyd George schlug des weiteren eine Demarche bei den Vereinigten Staaten vor, damit auch diese Vertreter nach dem Haag entsenden könnten. Ueber alle Punkte wurde man sich völlig einig. Die Beschlüsse von Villa Alberti sollten Montag vormittag der Unterkommission der politischen Kommission unterbreitet und in ihr zur Abstimmung gebracht werden. Es ist anzunehmen, daß eine Annahme erfolgen wird. Die Konferenz kann sich dann ihren weiteren Aufgaben widmen und wird dazu noch etwa acht Tage brauchen.

Die Unterkommission hat die Beschlüsse angenommen.

Die Unterkommission der ersten Kommission hat Montag vormittag einstimmig das bei der gestrigen Zusammenkunft der fünf einladenden Mächte beschlossene Protokoll und den Entwurf der Antwort an die russische Delegation angenommen.

Der Entwurf der Antwort an die russische Delegation hat folgenden Wortlaut:

1. Die obengenannten Mächte beschließen, daß eine Kommission ernannt wird, um die noch nicht erledigten Differenzen zwischen der russischen Sowjetregierung und den anderen Regierungen weiter zu erledigen und um mit einer ebenso bevollmächtigten russischen Kommission zusammen zu kommen.

2. Spätestens am 20. Juni werden die Namen der Mächte, die in der nicht-russischen Kommission vertreten sind, ankommen mit den Namen der Mitglieder der Kommission der russischen Sowjetregierung mitgeteilt werden und die Namen der russischen Kommission werden den anderen Regierungen nicht später als am 20. Juni bekannt gegeben werden.

3. Die Angelegenheiten, mit denen sich diese Kommission zu befassen haben soll, werden umfassen alle unerledigten Fragen bezüglich der Schulden, des Privateigentums und der Kredite.

4. Die Mitglieder der ganzen Kommission werden am 20. Juni 1922 im Haag einfinden.

5. Die Kommissionen werden sich bemühen, gemeinsam Empfehlungen bezüglich der in der Klausel 8 verhandelten Angelegenheiten zu erlassen.

6. Um zu ermöglichen, daß die Arbeit der Kommissionen in Ruhe durchgeführt werden kann, und um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen, werden Verpflichtungen übernommen werden, wonach die russische Sowjetregierung einerseits und die anderen teilnehmenden Regierungen andererseits sich aller aggressiven Akte gegen ihre Staatsgebiete und jeder unzulässigen Propaganda enthalten. Die Verpflichtung, sich aller aggressiven Handlungen zu enthalten, wird auf Grundlage der Beobachtung des gegenwärtigen Status zu beruhen. Sie wird in Kraft bleiben, bis die unerledigten Grenzfragen in Europa geregelt sind oder aber für eine bestimmte Periode. Die Verpflichtung, sich der Propaganda zu enthalten, wird alle unterzeichnenden Regierungen binden, sich von jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu enthalten, ebenso davon, durch finanzielle oder andere Mittel politische Organisationen, die in anderen Ländern tätig sind, zu unterstützen und in ihrem eigenen Gebiete Verträge, die darauf hinauszielen, Gewalttätigkeiten auf andere Staaten herbeizuführen und Verträge, die territorialen oder politischen Status quo in anderen Ländern zu ändern, zu unterzeichnen.

Die Sitzung der Unterkommission der ersten Kommission am gestrigen Vormittag laute von 10^h bis 12^h Uhr. Zunächst verlas Schanzer den Brief Lichtschwert und bemerkte dabei, er habe Lichtschwert bereits persönlich gesprochen und ihm dargelegt, daß die Unterkommission über die den Russen zu erteilende Antwort beraten habe und daß aus diesem Grunde eine Teilnahme der russischen Delegierten nicht in Frage gekommen sei. Dierauf wurden die vier von den einladenden Mächten beschlossenen Vorschläge, wie vorstehend gemeldet, einstimmig angenommen. Die Antwort an die russische Delegation sollte noch Montag abend abgefaßt werden.

Gente Dienstag vormittag wird die Unterkommission der ersten Kommission bei Anwesenheit der russischen Vertreter, aber ohne die Franzosen und Belgier, zusammenzutreten, um die Darlegungen der Russen entgegenzunehmen. Wie weiter aus Genua gemeldet wird, erklärte in der gestrigen Vormittagssitzung der Unterkommission Schanzer noch, er habe Lichtschwert darauf hingewiesen, daß die Bestimmung betreffend den Nichtabschluß von Sonderverträgen keinesfalls in die russische Souveränität eingreife, sondern lediglich eine Behinderung der Arbeiten der Sachverständigen vermeiden wolle. Barthou erklärte, er werde an der heutigen Sitzung der Unterkommission nicht teilnehmen, weil die französische Delegation an der Abfassung des Memorandums keinen Anteil habe. Aber wenn Rußland annehmen werde, so werde die französische Delegation ihrer Regierung die Annahme der Bedingungen der Unterkommission empfehlen.

Eine Erklärung Nakomski.

Pressevertretern gegenüber erklärte der russische Delegierte Nakomski zum Communiqué der Allierten, die russische Delegation sei darüber erkrankt, daß man zwar ihre Vorschläge angenommen, sie aber nicht gefragt habe, wie sie sich die Sache gedacht habe. Die Russen hätten dann eine ungeteilte und gemischte Kommission statt der jetzt geplanten getrennten Kommissionen vorgeschlagen, die einen besseren Erfolg haben würden, weil man dann wieder wie in Genua aneinander vorbeireden und die Gegenstände vertiefen würde statt eine Brücke zu schlagen. Trotzdem würden die Russen nach dem Haag gehen und jede Gelegenheit benutzen, um ihren guten Willen zu zeigen. Nicht annehmbar sei für die Russen die Bedingung, während der drei Monate der Kommissionberatungen keine Verträge zu schließen. Im übrigen hätten die Russen als Tagungsort Nizza oder Stockholm dem Haag vorgezogen.

Die Antwort an die Russen überhand.

Die Antwort an die russische Delegation ist gestern nachmittag überhand worden und zwar in derselben Form, wie sie in dem Entwurf der einladenden Mächte vorgesehen ist. Lloyd George hat Sonntag die Beschlüsse der einladenden Mächte dem amerikanischen Botschafter Child mitgeteilt, der sie sofort nach Washington weitergeleitet hat. Lloyd George erklärte gestern vormittag, dies sei der Verkäufer der Einladung an die Vereinigten Staaten, sich in der Sachverständigenkommission im Haag vertreten zu lassen. Die Russen sind für heute vormittag zu einer Sitzung der politischen Unterkommission eingeladen worden, wofür die russische Antwort auf die gestern übergebene Note vorliegt, wird eine Vollziehung der ersten Kommission abgehalten werden, gegebenenfalls vielleicht schon am Mittwoch oder Donnerstag. Nach Mitteilung von englischer Seite rechnet man mit der Möglichkeit einer großen Plenarsitzung am Sonnabend. Von einer Seite, die der russischen Delegation nahe steht, wird erklärt, die russische Antwort auf die Vorschläge der Allierten werde gewisse Vorbehalte aufweisen, aber voraussichtlich zustimmend lauten. Lloyd George erklärte englischen Journalisten gegenüber, nach dem 20. Juni werden die Kommission der Mächte und die russische Kommission zusammen kommen, um auf dem Wege früherer Gleichheit über die drei Fragen: Schulden, Privateigentum und Kredit zu beraten. Deutschland werde nicht eingeladen, weil es ja einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen habe.

Ahrens in Genua.

In Genua will man noch eine effektvolle Schlussung veranstalten und sucht nur eine passende Formel, um auszudrücken, daß man völlig einig ist — über die Unmöglichkeit, sich zu einigen. Inzwischen werden bereits die Koffer gepackt und die Blau-, Weiß-, Gelb- oder Rotblätter vorbereitet, in denen jede Regierung beweisen wird, daß sie die eigentliche Siegerin von Genua gewesen ist. Wenn man eben objektiv prüft, was in Genua zustandegebracht worden ist, kommt man zu dem folgenden Ergebnis: Die einzige positive Leistung von Genua war keine Festlegung der Konferenz, sondern kam gewissermaßen gegen die Konferenz zustande: Der Ostervertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Rußland. Die Konferenz selbst wird die russische Frage einer neuen Konferenz überlassen, und sie hat ebenso die Frage der Stabilisierung der Währungen einer anderen Konferenz überantwortet. In London werden die Leiter der großen Notenbanken, auch die amerikanische Zentralnotenbank wird sich anschließen, über das Währungsproblem beraten und zweifellos die Befreiung der Weltwirtschaft vom politischen Druck fordern.

Im Haag aber wird noch einmal der Versuch gemacht werden, ein großes Wirtschaftsprüfung, das russische, politische Gesichtspunkte unterzuordnen, und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen: Auch dieser Versuch wird scheitern. Dann werden zunächst die Staaten, die an Rußlands Vorkriegs- und Kriegsschulden selbst nicht interessiert sind, für sich die Freiheit verlangen, mit Sowjet-Rußland Verträge (nach dem Muster des deutsch-russischen) zu schließen; für Italien und die Tschechoslowakei ist das eine dringende Notwendigkeit, und wird Polen der Industrie der ihm zufallenden Teile von Oberschlesien das russische Betätigungsfeld verschließen wollen, während im deutsch-gebliebenen Oberschlesien Lieferungsverträge mit Rußland abgeschlossen werden? Bis zum Ende dieses Jahres muß eines von beiden eintreten: entweder der Zusammenbruch der Sowjet Herrschaft, von dem die Franzosen so hellsehend überzeugt sind, daß sie es um keinen Preis so herabzulassen kommen lassen wollen, die das bolschewistische Regime stürzen würden; oder die Einordnung Sowjet-Rußlands in den Weltwirtschaftsverband — einen Verband, der zwar keine Konstitution und keinen Zentralrat hat, aber etwas viel Realeres ist als der Völkerverbund ohne Deutschland, ohne Rußland und ohne Amerika.

Wie alles andere hat die Konferenz von Genua aber auch diejenige Frage in Schwebelassen, die als die wichtigste an ihrer Wiege stand: Die Frage der englisch-französischen Entente. Eigentlich dürfte man schon seit zwei Jahren nicht mehr von einer Entente zwischen England und Frankreich sprechen, sondern nur noch von der Art der Entente. Die englisch-französische Entente hat — man kann sagen, gegen den Willen der englischen Staatsleiter — den Krieg heraufbeschworen. Für die Franzosen sollte sie, nach Clemenceaus Willen, ein Mittel sein, den Krieg nach dem Stillstand der Waffen mit anderen Mitteln fortzuführen. Umgekehrt hoffen die Engländer seit Jahr und Tag, die Entente zur Grundlage eines wahren Friedens machen zu können. Deshalb hat Lloyd George auf der Friedenskonferenz die Franzosen durch die Zulage eines Garantievertrages zum Verzicht auf die Schaffung eines (von Deutschland) unabhängigen, von französischen Truppen zu behebenden Rheinlandes bewegen. Jener Garantievertrag, der noch mehr als bloß ein Garantievertrag gewesen wäre; einen wichtigen Bündnisvertrag auf der Basis der Einigung Englands und Frankreichs über alle großen weltpolitischen Fragen. Wäre dieser Vertrag aufhängekommen, so hätte sich ihm zweifellos Amerika angeschlossen, und die Welt wäre ein amerikanisch-britisch-französisches Kondominium geworden. Seien wir Herrn Poincaré dankbar: Seine Politik in Genua hat uns von dem Abbruch des englisch-französischen Vertrages befreit. Die wichtigste Aufgabe, welche die Konferenz von Genua ihrem Schöpfer Lloyd George hinterläßt, ist diese: eine geeignete Formel für die Lösung der Entente mit Frankreich zu finden.

„Die Wahrheit über die Entente“.

In einem die Wahrheit über die Entente“ überschriebenen Artikel schreibt die Wochenchrift „Cutler“, die Gegner Lloyd Georges bei seinem Kampf um den Frieden, die Vernunft und die Wohlfahrt seien die auf beiden Seiten des Krieges, des Wahnsinns, des Hasses und des Bankrottes stehenden französischen Rationalisten, hinter denen Finanzgruppen stehen, die jetzt die dritte Republik beherrschen und sich auf die Unterstüßung einer ungewissen öffentlichen Meinung verlassen, die wegen des deutsch-russischen Vertrages in Schrecken verlegt worden sei. England dürfe keine Zeit verlieren und müsse klar und endgültig erklären, daß, solange Frankreich seine augenblickliche Politik verfolgt, die Wege Englands und Frankreichs nicht dieselben seien.

Die Einladung an Amerika.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten Child teilte der Agentur Stefani mit, die Regierung der Vereinigten Staaten habe die Anfragen und Vorschläge, die von einigen Mächten an sie gerichtet wurden, sympathisch aufgenommen und erwarte eine formelle Einladung, um sich endgültig entscheiden zu können.

Wie die „Wolfsche Zeitung“ aus Genua meldet, hat gestern der Präsident der Konferenz Facta die Vereinigten Staaten von Amerika offiziell eingeladen, an den Verhandlungen mit Rußland im Haag teilzunehmen. Man hofft, daß die Antwort im Laufe des heutigen Tages eintreffen wird.

Amerikas Zustimmung.

Der Sonderberichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Genua meldet: Die im Erfolge, in die zustimmende Antwort Amerikas betreffend seine Teilnahme an der neuen Haager Konferenz am Montag abend hier eingetroffen. Amerika nimmt unter zwei Bedingungen teil: 1. daß die Konferenz nur Vorschläge, aber keine endgültigen Beschlüsse zu entwerfen hat, und 2. daß während der Verhandlungen keine Sonderabkommen mit Ausnahme der vier laufenden Verträge mit Italien, Schweden, Japan und der Tschechoslowakei geschlossen werden dürfen. Die erste Bedingung entspringt zweifellos dem Wunsch Amerikas, nicht überstimmt zu werden, und freie Hand zu behalten. Auf der Haager Konferenz werden damit sämtliche Mächte mit alleiniger Ausnahme Deutschlands vertreten sein.

Amerika und der Bolschewismus.

„Morning Post“ berichtet aus Washington, das tatsächliche Scheitern der Genua-Konferenz habe merkwürdigerweise eine optimistische Stimmung in den amerikanischen Regierungskreisen erzeugt, die in Leitartikeln der Presse zum Ausdruck komme. Es sei informell mitgeteilt worden, daß die amerikanische Regierung der Ansicht ist, daß die Bolschewisten, nachdem sie verlust hätten, Europa zu sprengen und dabei einen Mißerfolg davontragen, jetzt die Notwendigkeit dessen einsehen würden, was Staatssekretär

Duoges Reich erfordert habe, nämlich, daß sie nicht nur Verrechnungen geben dürften, sondern sichere Garantien für den Schutz des Lebens und des Eigentums. Man sei in Amerika der Ansicht, daß sich die Lage Rußlands in einigen Monaten noch verschlechtern werde, wenn Rußland von Europa und Amerika kein Geld und keine Kredite erhalte.

Die Telegramm-Berichterstattung an die „New York World“ haben laut „Daily Telegraph“ großen Eindruck in den Vereinigten Staaten gemacht. Früher sei Vanderlip anscheinend bereit gewesen, weiter zu gehen als jede andere prominente amerikanische Finanzpersonlichkeit in einer Politik der Beschränkung und des Ausschlusses. Jetzt sei Vanderlip indessen durch seine Beobachtungen in der Nähe und durch seine Erfahrungen in Genua davon überzeugt worden, daß die einzig wirklich kluge und konstruktive Haltung gegenüber Rußland die von der amerikanischen Regierung eingenommene ist, und daß Kommunismus und die weltliche demokratische Zivilisation, die sich auf das Recht des Eigentums und der persönlichen Freiheit gründet, nicht zusammenwirken können. „Daily Telegraph“ meldet weiter, was den deutsch-russischen Wirtschaftsvertrag betreffe, so hätten die Amerikaner keinerlei Furcht oder Besorgnisse für die unmittelbare Zukunft. Deutschland könne wenig Kredit gewähren und könne keine Kapitalien anlegen. Es könne auch, durch die Kontrolle der Reparationskommission gebunden, keine Einfüsse gewinnen, die ihm ein Monopol oder einen wesentlichen Einfluß auf den russischen Reichtum gewähren. So lange das Sowjetregime nicht international anerkannt sei, bedeute sein Vertrag mit Deutschland in der Hauptsache ein Stück Papier und lediglich eine Vereinbarung zwischen Deutschland und der unverantwortlichen Gruppe, die zeitweilig die Macht in Rußland in Händen habe. Es sei noch nicht möglich, genau zu sehen, welches das Ergebnis des französischen Appells an die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der internationalen Kommission zur Untersuchung der russischen Lage sein werde. Washington sei jedoch mit Vanderlip der Ansicht, daß Kommunismus und Demokratie nicht zusammenwirken könnten.

Eine neue Botschaft Lloyd Georges.

Lloyd George hat dem Vertreter der „Yorkshire Evening News“ in Genua folgende Botschaft übergeben: Wir haben eine neue Phase in der weltlichen Zivilisation erreicht. Es hat religiöse Kriege gegeben, donatistische Kriege und solche zur Sicherung ausreichender Vorräte an Rohmaterialien. Die neue Phase ist die wirtschaftliche Verflochtenheit Europas und der ganzen Welt. Keine moderne Nation kann auf sich selbst bestehen. Der Nicht-Angriff-Pakt ist grundlegend für den Wiederaufbau. Die Grenzen werden zu öffentlichen Handelszonen werden und nicht nationale Hindernisse. Friede ist das erste Erfordernis.

Vorkläufe einer Milliarde Dollar für Deutschland.

Aus New York wird nach Genua berichtet: Morgan will im Laufe der Woche der Reparationskommission einen vollständig ausgearbeiteten Plan zu einer internationalen Anleihe für Deutschland vorlegen. Vorbedingung für die Ausföhrung des Planes sei, daß die Reparationskommission der von Morgan geföhrten Finanzgruppe freie Hand läßt an einer technischen Regelung des Reparationsproblems. Die Anleihe soll vorläufig mindestens eine Milliarde Dollar betragen.

Eine Anfrage über die Vorbereitungen in Frankreich.

Wedgwood ob den Frage gestern nachmittags im englischen Unterhause, 1. ob die Regierung etwas von Vorbereitungen in Frankreich wisse, um Truppen zur Besetzung der deutschen Gebiete zu mobilisieren, wenn die fälligen Reparationen nicht bis zum 31. Mai bezahlt worden sind, 2. wenn ja, ob die britische Regierung von der französischen Regierung über diese Vorbereitungen in Kenntnis gesetzt worden sei und 3. ob, wenn die Regierung über letzterlei Informationen verfüge, sie durch die gewöhnlichen Kanäle Nachforschungen darüber anstellen könne, welche Vorbereitungen und ob überhaupt welche getroffen werden. Chamberlain erwiderte, die Regierung wisse, es sei behauptet worden, daß Vorbereitungen in Frankreich zur Mobilisierung von Truppen getroffen worden seien, um die Besetzung des deutschen Gebietes auszuführen, wenn die fälligen Reparationen nicht bis zum 31. Mai bezahlt werden. Die britische Regierung habe jedoch Grund zu der Annahme, daß diese Behauptungen unwahr seien und daß letzterlei derartige Vorbereitungen getroffen worden seien weder in Frankreich noch in Belgien. Die Antwort auf die zweite und die dritte Frage lautete verneinend.

Chamberlain teilte im englischen Unterhause mit, daß die nächste Tagung der Völkerverbändeversammlung am 4. September eröffnet werde. Die Frage der Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Völkerverbund stehe nicht auf dem Programm, das von dem Generalsekretär aufgestellt worden sei. Der britische Vertreter sei noch nicht ernannt worden.

Die Verhandlungen in Paris.

Der Reichsfinanzminister Dr. Gernig hatte gestern nachmittags in Paris die erste offizielle Besprechung mit dem Präsidenten der Reparationskommission Dubois über den deutschen Etat und über das Geleg betreffend die Zwangsanleihe.

Reichsfinanzminister Gernig, der am Sonnabend den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois besucht hatte, stattete gestern dem englischen Delegierten Sir Bradburn, dem belgischen Delegierten Delacroix, dem italienischen Delegierten Salvago Raggi, sowie dem amerikanischen Vertreter bei der Reparationskommission Woodrow Wilson ab. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt werden.

Ministerpräsident Waldeck hat gestern vormittags den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen. Davas nimmt an, daß Dubois im Laufe der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten diesem Mitteilung über seine Besprechungen mit dem deutschen Finanzminister gemacht habe.

Eine Umgestaltung der Zwangsanleihe.

Wie die Telegraphen-Union von gutunterrichteter Seite erfährt, wird im Gegensatz zu anders lautenden Meldungen beabsichtigt, die Zwangsanleihe nach neuen Gesichtspunkten durchzuführen: Bis her sollten Vermögen bis zu der Höhe von 250 000 Mark von der Zwangsanleihe verschont bleiben. Nach dem neuen Entwurf sollen bereits 100 000 Mark die Grenze für die Steuerfreiheit bedeuten. 2. Sollte die Grenze der Höchstbelastung mit 10%, erst bei zwanzig Millionen erreicht werden; nach dem neuen Entwurf bereits nach einer Million Mark. Da das steuerpflichtige Kapital in Deutschland auf Hundert Millionen Goldmark geschätzt wird, und der Entwurf nur eine zehnprozentige Inlandsentwertung der Mark vorsieht, so würde die Zwangsanleihe bei einer durchschnittlichen Belastung von sieben-einhalb Prozent jährlich Millionen Papiermark oder eine Goldmilliarde ergeben. Die in dem Entwurf angenommene Inlandsentwertung der Mark dürfte aber zu niedrig ge-

griffen sein. Wenn eine zwanzigprozentige Entwertung der Mark den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen dürfte, würde sich die Einnahme der Zwangsanleihe auf zwei Goldmilliarde erhöhen und hierdurch die Steuerzahler nicht mit Steuern beladen, sondern mit fünfzehn vom Hundert belastet werden.

Die Aktienberöffentlichung des Auswärtigen Amtes.

mit der Dr. Mendelssohn Bartholdy, Dr. Alpius und Dr. Tollemme beauftragt sind, wird, wie die „Völkische Wt.“ meldet, in der nächsten Zeit erfolgen. Die Veröffentlichung der ersten sechs Bände des monumentalen Werkes steht nahe bevor. Die ersten sechs Bände, die die ganze Weltmarkezeit bis zum Sturz des Kaisers behandeln, zeigen deutlich die großen Linien, die der Begründer des deutschen Reiches in seiner Gegenwart- und Zukunftspolitik verfolgte. Wenn das Werk in seinem gesamten Umfang vorliegt, wird es mindestens 12 Bände umfassen. Die geheimeren Archive des Auswärtigen Amtes sind durchforstet worden, sogar jene Geheimdokumente, die selbst vor den Augen der Geheim- und Ministerialräte verschlossen blieben und nur dem jeweiligen Staatssekretär zugänglich waren, werden ans Tageslicht gezogen werden.

Dynamitanschlag in Rattowitz.

Im Laufe der vorletzten Nacht ist auf die Druckerei des in Rattowitz erscheinenden sozialdemokratischen „Völkischen“ ein Dynamitanschlag verübt worden. Bei Arbeitsbeginn fand man im Schneidersperrraum zwei große Dynamitbomben, die durch das Fenster hineingeworfen worden waren. An beiden Sprengkörpern hatte die Zündung verfehlt, so daß die beabsichtigte Wirkung nicht erzielt wurde. Immerhin hat der Druckereibetrieb durch den Anschlag eine erhebliche Störung erlitten, da der Maschinenraum auf polizeiliche Anweisung geräumt und erst die Entföhrung der Sprengkörper durch Organe der Interalliierten Kommission abgewartet werden mußte.

Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien.

Aus Genf wird gemeldet: Montag nachmittags wurde das deutsch-polnische Abkommen über die Regelung der Ubergangsverhältnisse in Oberschlesien von den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und der Republik Polen in öffentlicher Schlußföhrung unterzeichnet.

Präsident Calonder eröffnete die Sitzung mit einer langen Ansprache, in der er die ober-schlesische Frage als eine der schmerzhaftesten bezeichnete, die der Friedensvertrag aufgeworfen habe. Im Verlaufe seiner im übrigen sehr optimistischen Ausführungen schilderte er die deutsch-polnischen Verhandlungen in allen ihren Einzelheiten, ging auf die Persönlichkeiten der Bevollmächtigten und die Schwierigkeiten der Verhandlungen ein und sprach die Hoffnung aus, daß der nunmehr abgeschlossene Vertrag eine gedeihliche Entwicklung Oberschlesiens gewährleisten möge.

Hierauf ergriff Reichsminister a. D. Schiffer das Wort. Er dankte dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern für ihre wertvolle Hilfe; vor allem, erklärte er, sei die ober-schlesische Bevölkerung dafür dankbar, daß Calonder sich persönlich in ihr Land begeben habe, um dort die Verhältnisse zu studieren, während man es in der Entscheidung des Reichsrates nicht für angeeignet erachtet hätte, mit der Bevölkerung in Föhlung zu treten.

Reichsminister a. D. Schiffer fuhr sodann fort: Auch ich bekenne mich mit dem Präsidenten der Konferenz zu dem Grundsatz der Verständlichkeit. Wohl habe ich auch rückhaltlos zu meinem Volke, und fühle ich mich überall und immer als Deutscher und jetzt in der Zeit des Unfalls mehr denn je. Aber mit der Treue zu seinem Volke ist es durchaus verträglich, der Inanspruchnahme an der großen Menschheitsfamilie nicht zu vergessen. Die Zeit ist gekommen, um die Brücken zwischen den Völkern neu zu schlagen, die der Krieg zerstört hat. Wie der Einzelne seinen Idealen vereinen muß mit dem sozialen Empfinden, so muß auch jedes Volk, unbeschadet seiner ethnologischen Eigenart, sie ergänzen durch internationale Beziehungen und Verbindungen. Wir verstehen daher, Herr Präsident, Ihre Befriedigung. Aber während sie ungegrübelt und vollkommen ist, darf die unsere es nicht sein und kann es nicht sein. Es wäre unbillig und unwürdig, das nicht an diesem Orte und in dieser Stunde offen und frei auszusprechen. Auf und laßt der Anlaß, der zu diesem Vertrage geführt hat. Sie haben selbst gesehen die ober-schlesische Frage als eine der schmerzhaftesten bezeichnet, die der Vertrag von Versailles aufgeworfen. Sie haben damit die Wunde berührt, die uns brüht. Der Akt, den ich jetzt unterzeichnen werde, ist der letzte Akt einer Tragödie, die aber für und nicht ein bloßes Schauspiel, sondern gramme Wirklichkeit ist. In den Verhandlungen nach Genf führte uns nicht die freie Betätigung des eigenen Willens, sondern der Zwang der Entscheidung vom 20. Oktober 1921.

Die Reichsverwahrung, die gegen sie eingelegt worden ist, besteht fort. Sie wird durch meine Unterschrift unter den vorliegenden Vertrag nicht berührt. Aber die Tatsache, daß mit dieser meiner Unterschrift, wenn sie die verfassungsmäßige Zustimmung des Deutschen Reichstages erhält, der Tag näher rückt, der die Abtretung eines großen Teiles Oberschlesiens zur Ausführung bringt, der abermals Tausende von treuen Deutschen vom deutschen Volke trennt, läßt keine wahre Genugtuung, keine echte Befriedigung bei und aufkommen. Immerhin, das Wesen eines geschichtlichen Augenblickes besteht darin, daß er nicht bloß ein Ende, sondern zugleich auch ein Anfang ist. Deshalb dürfen wir, um dem Augenblick gerecht zu werden, nicht bloß in die Vergangenheit schauen, nicht bloß an der Gegenwart haften, sondern müssen unsern Blick auch in die Zukunft richten. Sie ist dunkel, und seiner wird wagen, über sie zu prophezeien. So können auch wir nur sagen, daß wir, was in unseren Kräften stand, getan haben, um die Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Volkstörper trotz der Wunden, die ihm die Vergangenheit geschlagen hat, fortleben kann, und wir vermögen im übrigen nur zu wünschen und zu hoffen, daß unser Werk eine tragfähige Unterlage für das Gedeihen Oberschlesiens, eine Katastrophe quier, anfruchtiger Beziehungen zwischen Deutschland und Polen und den Anfang einer Neugestaltung der Beziehungen bedeuten möge, wie Sie, Herr Präsident, sie wünschen und mit ihnen der größte Teil der Welt. Denn die Welt ist der diplomatischen Klünge und der tatsächlichen Schicksale müde. Sie will arbeiten, Werte schaffen und die erregten Östler austauschen, und sie verlangt schnüchternen Friedens nichts anderes als Recht, Ruhe und einen wahren Frieden.

Nachdem Reichsminister a. D. Schiffer unter dem Beifall der Versammlung seine Rede beendet hatte, entwarf der polnische Bevollmächtigte Ossowski ein ausführliches Bild der Verhandlungen über das ober-schlesische Problem. Er rühmte die durch die Volkstagskonferenz getroffene Entscheidung, bezeichnete die ober-schlesische Frage als durch das gegenwärtige Abkommen endgültig gelöst und dankte sehr lebhaft dem Völkerverbund für die Rolle, die er bei den Verhandlungen gespielt hat.

Zum Schluß begrüßwünschte der Generalsekretär des Völkerverbundes Sir Eric Drummond die beiden Bevollmächtigten und den Präsidenten der Konferenz, worauf

Reichsminister a. D. Schiffer und Minister Ossowski die drei vorgelegten Exemplare des Vertrages unterzeichneten. Nachdem auch das Protokoll unterschrieben war, erklärte Präsident Calonder die deutsch-polnische Konferenz für beendet.

Nach Beendigung der Konferenz schritten Reichsminister a. D. Schiffer und Minister Ossowski zur Unterzeichnung zweier Sonderabkommen, die zwar im Zusammenhang mit dem großen Vertrage, aber durch völlig selbständige und unmittelbare Verhandlungen zwischen dem beiden Staaten abgeschlossen worden waren, nämlich das Verkehrsabkommen und das Grenzabnahmestimmen.

Die beiden Bevollmächtigten an den deutsch-polnischen Verhandlungen haben Herr Felix Calonder, früheren Schweizerischen Bundesrat und bisherigen Präsidenten der deutsch-polnischen Konferenz, zum Vorsitzenden der gemischten internationalen Kommission vorgeschlagen, die nach dem deutsch-polnischen Vertrage für die ersten 15 Jahre in Oberschlesien vorsehen ist. Zum Vorsitzenden des Gemischten Schiedsgerichtshofes schlugen sie den Holländer Professor Kaufmann vor, der bisher das Redaktionskomitee für die Redaktion des Vertragsabkommens leitete und als einer der besten und gründlichsten Kenner des Abkommens und seiner Ziele gilt.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 15. Mai.

Vortagung der Aussprache über den Völkerverbund.

Hr. Jubel (Unabh.) meint, mit der Sparsamkeit bei der Post sei es schlecht bestellt. Es wimmle dort von höheren Aufsichtsbearbeitern, während Arbeitspersonal fehlt. Wenn nicht viele höhere Beamte durch mittlere ersetzt würden, werde sich trotz aller Gehaltserhöhungen kein Gleichgewicht erzielen lassen. Beamte einer Oberpostdirektion seien gezwungen worden, eine Maschinenadresse nach Doorn zu unterschreiben, darin liegt eine Verhöhnung der Republik. Redner geht dann auf die Zustände bei den Berliner Postämtern ein und beklagt, daß die Beamten vielfach in der Ausübung ihrer politischen Rechte beschränkt werden, außerdem kritisiert er die fortwährenden Entlassungen von Beamtinnen, welche über viele Familien Sorge und Unterbringung bringen und die allem Anschein nach weglassbar seien, da an die Stelle der Entlassenen junge 16 jährige Mädchen eingekleidet würden.

Hr. Morath (D. Sp.) reut an, bei der Tarifregelung für Postkette entsprechend den Wünschen der Handelstreife die Stufung von 5 kg auf 6,7 und 8 kg vorzunehmen statt gleich auf 10 und 15 kg. Redner wendet sich sodann gegen die Forderung des Sozialdemokratischen Parteitag, alle Beamte zu entlassen, welche noch die alten Vorbehalte mit dem Worte „faislerlich“ verwenden. Diese Leute seien jedenfalls mehr Charakterstärke als alle die, die bis zum 9. November föhntreten bis zum Knopfloch waren und sich jetzt plötzlich als Republikaner gerieren. Im übrigen dürfe man von den Beamten nicht den Wölkerverbundarbeitstag in wirklicher Arbeitszeit verlangen, wenn für die Völkerverbund der achtstündige Dienst als voll angesehen werde. Der Aufhebung der Postagenten timme er zu, nicht aber der Entlassung, daß Beamtinnen wegen uneblicher Mutterchaft zu entlassen seien.

Reichspostminister Giesberts:

Die sprunghafte Entwertung des Geldes macht die Gehaltserhöhungen unbedingt notwendig. Die Postkarte soll im Ortsverkehr wie bisher 75 Pfg. kosten, im Fernverkehr 1,50 M., Briefe im Ortsverkehr 1 M., hat bisher 1,25 M., im Fernverkehr 3 M., 3,50 M. und 4 M. je nach Gewicht. Die Kosten für die Druckkosten beginnen bei 50 Pfg. Die Einnahmen haben sich schon im März nach anfänglichem Rückgang erheblich über den Voranschlag hinaus vermehrt. Bei der Aufstellung der Dienstpläne muß der Beirat darauf achten, daß die achtstündige Arbeitszeit auch wirklich restlos ausgenutzt wird. Im übrigen wird das Hilfspersonal nicht einfach auf die Straße gesetzt, sondern erhält nach Ablauf der Kündigungsfrist noch ein Monatsgehalt. Die Wünsche der mittleren Beamten hinsichtlich der Beförderungsmöglichkeit sind berechtigt und müssen wohlwollend verfolgt werden. Giesberts schließt: Auch die Frage der verheirateten Beamtinnen wird sich hoffentlich auch noch regeln lassen. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Beschäftigung einer Hausmutter geradezu unbillig ist. Die monatliche Regelung der Zeitungsaufstellungen gebühren erfordert erhebliche Mehrarbeit, da die Listen dreimal so oft fertiggestellt werden müssen. Für den Verleger kommt die Gefahr hinzu, mit weit mehr Abbestellungen und Unregelmäßigkeiten des Bezuges rechnen zu müssen. Gleichwohl werden wir diese Frage im Auge behalten. Pflichtgemäßheit und Verantwortlichkeitsgefühl treten wieder erhöht in Erscheinung: Die Fälle von Postfachverabredung sind gegenüber dem Vorjahr auf den zehnten Teil gesunken. Eine Denkschrift über den Völkerverbund wird dem Reichstag vorgelegt werden, die Fernsprecheinrichtungen werden dauernd verbessert, da er trotz Funktelegraphie und Luftverkehr die zuverlässigste und schnellste Nachrichtenübermittlung bleiben wird. Redner schließt mit der Erwartung, daß der Verkehr alsbald wieder seine alte Höhe erreicht haben wird.

Hr. Delius (Dem.) schildert die Veräusserung im Publikum über die sprunghafte Gehaltserhöhung und gibt die Hauptursache daran dem Umstand, daß während des Krieges eine falsche Gehaltspolitik getrieben wurde. Rentabel müßten die Betriebe sein, aber nicht mit Hilfe der Entwertung des Geldes. Kritik an der Verwertung wäre nötig. Sie dürfe aber nicht zu ungerichteten Angriffen föhren. Jedenfalls kränkte die Verwaltung am Personalüberfluß, aber es könnten natürlich nicht zehntausende von Beamten jetzt einfach abgehoben werden. Man müsse sich auf eine Verringerung der Hilfskräfte unter Vermeidung von Härten beschränken. Redner tritt namentlich für die Streikräde ein, und fordert, daß nicht männliche Kräfte ausgenutzt weiblicher entlassen werden.

Staatssekretär im Reichspostministerium Zander: Von den Gesamteinnahmen werden nur 52 % für Verwaltungsverweh verwendet. Wo eine größere Zahl höherer Beamten vorhanden ist handelt es sich keineswegs lediglich um Aufsichtsföhrung.

Hr. Gredemann (Komm.): Ueberall sehen wir im Völkerverbund nur Rücksicht. Der Minister sollte sich klar und deutlich zum Achtundzantag bekennen. Er sollte als alter Gewerkschaftler Vertrauen zu den Unterbeamten, den Arbeitern, dem Proletariat haben und sich nicht immer von der Bürokratie der bis auf die Knochen reaktionären Monarchisten bei seiner Personalpolitik einwickeln lassen. Derartige Dinge sollte er dem General Redner überlassen. Beamten und Arbeiterchaft sollten sich gegen die letzte Einseitigkeit der Hand wehren.

Weiterberatung Dienstag 11 Uhr. Vorber Anfragen. Schluß gegen 8 Uhr.

Auf halben Mai

ab sofort können Sie das Reichs-Zeitungsbuch bei den Zeitungsträgern und zur Vermittlung an diese in der Reichshaus-Verlagsgesellschaft, Berlin, SO 100, bestellen. Preis 1,25 M.